

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, POSTFACH 2013, 48469 HÖRSTEL

An den Rat der Stadt Hörstel

Herrn Bürgermeister

David Ostholthoff

Kalixtusstr. 6

48477 Hörstel

Anlage 1

Ortsverband Hörstel

Magda Kleinhaus OV-Sprecherin

Kanalstr. 56 48477 Hörstel Telefon: 05459 98125 mail: magda.kleinhaus@gmx.de

Stadt Hörstel 2 3. Sep. 2020

FB/FD

Hörstel, den 22.09.2020

Antrag: Hörstel soll "Sicherer Hafen" für Menschen in Not sein

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostholthoff,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Hörstel stellen auf Initiative der "SEEBRÜCKE" den Antrag, der Rat der Stadt Hörstel möge beschließen:

- 1. Die Stadt Hörstel erklärt sich zum "Sicheren Hafen" und tritt dem entsprechenden Bündnis bei (Forderungen siehe Anlage 1).
- 2. Die Stadt Hörstel unterzeichnet die Potsdamer Erklärung (siehe Anlage 2).
- 3. Der Rat betont, dass die Stadt Hörstel weiter für eine bestmögliche Integration der geflüchteten Menschen sorgt, indem wie bisher alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Bildung und Vermittlung in Arbeit auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Die aktuellen Ereignisse in Moria auf Lesbos erfordern sofortige Hilfe für die geflüchteten Menschen dort vor Ort. Die humanitäre Situation am Mittelmeer ist bekannt. Flüchtlinge

begeben sich auf einen gefährlichen Weg, um dem Elend, den Kriegen und dem Tod zu entkommen. Viele Menschen geraten dabei in Seenot. Die Rettung von Geflüchteten aus Seenot gestaltet sich für die Retter*innen allerdings immer schwieriger, da ihnen immer häufiger Behörden verweigern die geretteten Menschen an Land zu bringen. Dies wird deutlich einfacher, wenn sich für die geretteten Menschen ein Ort findet, der sie freiwillig aufnimmt.

Private Seenotrettung ist wichtig, da die staatlichen Missionen häufig nur sogenannte Push-Backs machen, bei denen die Menschen zurück in lybische Gefangenenlager gebracht werden.

Erklärung Seebrücke/Bündnis Sicherer Häfen

Deutschlandweit haben sich inzwischen mehr als 90 Kommunen dem Bündnis Seebrücke angeschlossen und stellen damit einen sogenannten "Sicheren Hafen" dar. Die Kommunen erfüllen auf sehr individuelle Weise mindestens eine oder mehrere Forderungen (siehe Anlage) des Bündnisses Seebrücke. Darüber hinaus haben sich 13 dieser Städte zu einem Bündnis "Städte Sicherer Häfen" zusammengeschlossen und mit der sog. "Potsdamer Erklärung" ihre Bereitschaft zur Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter über die bestehenden Verteilmechanismen hinaus erklärt.

Die Unterzeichner verbinden mit der Einbringung dieses Antrags in die politische Beratung ausdrücklich den Wunsch und die Hoffnung, dass sich weitere Parteien und Fraktionen, Vereine und Verbände, Gruppen und Einzelpersonen den Positionen und Forderungen der "SEEBRÜCKE" anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

für den Ortsverband der Grünen Hörstel Magda Kleinhaus



Sicheren Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden – einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen. Als SEEBRÜCKE begleiten wir den Prozess und dokumentieren, welche Schritte Kommunen aus unserer Sicht bereits gegangen sind (Kontakt: sichererhafen@seebruecke.org).

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

 sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

- 2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
- 3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
- 4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des

IBAN: DE07430605671167120503 BIC: GENODEMIQLO

GLS Gemeinschaftsbank



Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

- 6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).
- 7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

- 8. für alle geflüchteten Menschen unabhängig vom Fluchtweg für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
- 9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

IBAN: DE07430605671167120501 BJC: GENODEMICLS

GLS Game aschaftsbank



Potsdamer Erklärung

Potsdamer Erklärung der "Städte Sicherer Häfen"

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative "Seebrücke – schafft Sichere Häfen". Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative "Seebrücke schafft sichere Häfen" solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die "Städte Sicherer Häfen", unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende zusätzlich aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als "Städte Sicherer Häfen" fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns "Städte Sicherer Häfen" bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir "Städte Sicherer Häfen" fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem Königsteiner Schlüssel durch einen zu vereinbarenden zusätzlichen Schlüssel geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06. 2019 Die Städte Sicherer Häfen

Für die "Städte Sicherer Häfen": Landeshauptstadt Potsdam/ Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79 – 81, 14469 Potsdam, tolerantespotsdam[at]rathaus.potsdam.de